



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA/XV/016/2008)

Sitzungstermin: Donnerstag, den 04.12.2008

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr

Sitzungsende: 16:51 Uhr

Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

Ausschussmitglieder

Frau Margrit Bächle-Fiks

Frau Sandra Bockhöfer

Herr Dr. Kai Dröge

Herr Walter Düngemann

Herr Paul Foest

Herr Olav Fricke

Herr Wilhelm Mohr

Herr Michael Runden

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

Verwaltung

Erster Stadtrat Thomas Dr. Helmke

Herr Bürgermeister Wolfgang Kellner

Herr Arnold Hinrichs

Herr Hans-Hartmut Lüken

Herr Hartmut Schubert

zugleich Protokollführung

Herr Erich Buß

Abwesend:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20-11-2008 (XV/15)
- 3 Entscheidung zu den Straßenreinigungsgebühren 2009
- Gebührenkalkulation
Vorlage: 8.20/XV/0588/2008
- 4 Entscheidung über die Jahresrechnung 2006 gem. § 101 NGO
- incl. Baubetriebshof -
 - a) Beschluss über die Jahresrechnung
 - b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 18-11-2008)
- 5 Abschließende Erörterung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2009 und Beschlussfassung - ohne LEEB -
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 26-11-2008)
- 6 Erörterung des Investitions- und Finanzplanes 2008 - 2012 und Beschlussfassung - ohne LEEB -
(übersandt mit der Einladung zum HFA vom 20-11-2008)
- 7 Erörterung des Haushaltssicherungskonzeptes und Beschlussfassung
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 26-11-2008)
- 8 Beschluss der Haushaltssatzung 2009 (Gesamthaushalt)
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 26-11-2008)
- 9 Informationen
- 10 Anfragen

Protokoll/Niederschrift:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 15.02 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20-11-2008 (XV/15)

Die Verschiebung des TOP 4 auf die nächste Sitzung im Dezember sollte lt. Herrn Runden wegen der fehlenden Finanzierungsvorschläge der SPD-Fraktion erfolgen.

Im Absatz 2 auf Seite 8 des TOP 5 müsse es lt. Frau Bächle-Fiks heißen, dass ein Server pro Schule ausreichen müsse.

Im TOP 5 im letzten Absatz auf Seite 7 und im Absatz 3 der Seite 13 sind die Worte FDP-Fraktion durch die Worte Fraktion Die Grünen auszutauschen.

Im TOP 5 auf Seite 10 ist in der Tabelle Zeile 4 die Zahl der JA-Stimmen auf 9 zu korrigieren; auf Seite 12 in der Tabelle Zeile 2 die Zahl der JA-Stimmen auf 8.

Herr Düngemann wies darauf hin, dass die Zustimmung seiner Fraktion nur der Niederschrift, nicht aber den von der Verwaltung vorgelegten Antworten auf den in der letzten Sitzung überreichten Fragenkatalog gelten werde.

Der Bürgermeister informierte, dass derzeit der Landkreis Leer von der Errichtung eines Stadtteiltreffs auf dem Gelände der Realschule absehe.
Die Errichtung einer Gesamtschule zeichne sich derzeit nicht für den Standort Leer, sondern auf dem Gebiet der Gemeinde Moormerland ab.

Herr Schmidt bat die politischen Vertreter darum, sich im Kreistag dafür einzusetzen, dass auch in der Stadt Leer eine Gesamtschule errichtet werde.

Beschluss: (Einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

TOP 3 Entscheidung zu den Straßenreinigungsgebühren 2009 - Gebührekalkulation Vorlage: 8.20/XV/0588/2008

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat der Vorsitzende um Abstimmung.

Beschluss: (Einstimmig)

Der dem Rat vorgelegten Gebührenkalkulation für die Straßenreinigungsgebühren 2009 wird zugestimmt.

**TOP 4 Entscheidung über die Jahresrechnung 2006 gem. § 101 NGO
- incl. Baubetriebshof -
a) Beschluss über die Jahresrechnung
b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 18-11-2008)**

Der Vorsitzende dankte einleitend dem Rechnungsprüfungsamt für den vorgelegten Schlussbericht zum Haushalt 2006.

Herr Düngemann überreichte der Verwaltung ein Schreiben zum Schlussbericht mit Anfragen, Stellungnahmen und Anträgen, die seitens der Verwaltung und auch in den entsprechenden Fachausschüssen abzuhandeln seien (sh. Anlage). Grundsätzlich stelle die CDU-Fraktion aufgrund der Stellungnahmen der Verwaltung fest, dass seitens der Verwaltungsspitze die Berichte nicht genügend ernst genommen würden.

Der Bürgermeister wies dies seitens der Fachbereiche zurück. Die Schlussberichte des Rechnungsprüfungsamtes würden sehr ernst genommen werden, doch sei der Zeitdruck für ausführlichere Antworten zu groß. Andererseits sei es auch aus der Sicht der Verwaltungsleitung nicht befriedigend, dass einige Probleme nicht kurzfristiger abgestellt werden können. Insbesondere dürften keine Ansprüche in die Verjährung geraten; diesbezüglich würden auch Regressansprüche gegen Bedienstete geprüft werden.

In Bezug auf die Tz 4 – S. 22/23 – des Berichtes habe man versucht, eine Beteiligung des Kommunalen Schadenausgleiches an den Vergleichskosten von 25.000,-- € zu erwirken. Dort lägen alle Unterlagen vor und die Entscheidung sei nun abzuwarten

Herr Mohr wies darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt schon seit 2005 darauf hingewiesen habe, dass bezüglich des Aufkommens an den Baugenehmigungsgebühren eine Analyse des Personalaufwandes vorgenommen werden sollte, um hier ein äquivalentes Verhältnis zu erreichen. Hier sei keine Verbesserung zu erkennen.

Der Bürgermeister wies auf die neuesten Zahlen zum Gebührenaufkommen hin; so sei in 2007 ein Anstieg auf 414 T€ und 2008 auf 447 T€ zu verzeichnen. Da es sich hier um eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises handele, werde zudem über den kommunalen Finanzausgleich mittels der Zuweisungen ein Teil der Kosten abgedeckt.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre sei trotzdem bedauerlich, doch dürfe man hier nicht nur das Gebührenaufkommen sehen. Vielmehr steige in diesem Bereich der Arbeitsaufwand für Streitigkeiten, Erklärungen und Stellungnahmen erheblich. Auch dafür müsse man Arbeitskräfte vorhalten. Gerade die gerichtlichen Streitigkeiten würden einen immensen Zeitaufwand erfordern.

Hier sei zudem auch der Service am Bürger zu sehen, der durch eine Reduzierung der Mitarbeiter beeinträchtigt werde. Daher sehe die Verwaltung derzeit keinen Handlungsbedarf.

Herr Mohr bat zu Tz 5 – S. 23 „Gerichts- und ähnliche Kosten“; Bebauungsplan 149 (Evertskamp) – um Mitteilung über den Sachstand.

Herr Kellner informierte, dass der Kostenerstattungsantrag mittlerweile dem Kommunalen Schadenausgleich vorliegen würde. Über das Ergebnis werde man die Politik bei Vorliegen umgehend informieren.

Nach Ansicht von Herrn Mohr müsse mehr Einfluss genommen werden auf den Abbau der Haushaltreste im Vermögenshaushalt (sh. B 8 – S. 17/28).

Der Standard, so Herr Kellner, werde von der Politik vorgegeben, nicht von der Verwaltung. Den Maßnahmen lägen politische Beschlüsse zugrunde. Derzeit würden viele große Projekte laufen wie z.B. die „Soziale Stadt“, die sich dann auch noch über mehrere Jahre hinziehen und schon in der Planung kofinanziert werden müssten. Das liege in der Natur der Sache.

Herr Lüken wies darauf hin, dass dies schon in 1998 Thema gewesen sei. Es stelle ein Indiz dafür dar, dass keine Mittel eingeplant werden dürften, wenn noch keine abgeschlossenen Maßnahmeplanungen vorliegen würden.

Frau Bächle-Fiks schlug vor, alle seit mehr als drei Jahren nicht angelaufenen Maßnahmen aus dem Haushalt zu streichen.

Sicherlich werde man immer wieder darüber stolpern, so Frau Bockhöfer, da diese Mittel einen großen Anteil im Gesamtvermögenshaushalt einnehmen würden. Sie appelliere daher an die Verantwortlichen, bei neuen Maßnahmen immer auch einen Blick auf die Schulden zu werfen. In diesem Zusammenhang kritisiere sie auch die Forderungen der SPD-Fraktion nach immer neuen Projekten - insbesondere dann, wenn der Maßnahme keine realistischen Gesamtkostenansätze zugeordnet werden würden.

Herr Foest halte es für schlecht, mit einer generellen Regelung den bestehenden Haushaltsresten entgegen zu wirken. Dies müsse differenzierter gesehen werden. Projekte gleich mit voller Summe in den Haushalt zu setzen gehe immer zu Lasten weiterer Maßnahmen, da die Finanzierung dann für lange Zeit ausgereizt sei. Richtig sei es nun aber, über die Projekte nachzudenken und, wo der wirkliche Wille zur Umsetzung fehle und keine zeitnahe Realisierung abzusehen sei, diese dann konsequent zu streichen.

Frau Bockhöfer schlug vor, zukünftig direkt mit realistischen Werten in die Investitionsplanung zu gehen.

Für Herrn Mohr sei die Antwort zu der unzulänglichen Abwicklung der Abwasserbeiträge (sh. Tz 10 – S. 32) nicht ausreichend.

Aus Sicht von Herrn Lüken sei es ärgerlich, dass trotz mehrmaliger Nachfrage seitens des Rechnungsprüfungsamtes keine Reaktion erfolge.

Herr Kellner stellte fest, es sei Aufgabe des Fachbereichsleiters, diese Probleme genau zu beachten. Sicherlich sei dies hier jetzt sehr ärgerlich und werde daher im nächsten Bauausschuss noch eingehend behandelt. Allerdings habe er bereits gehandelt und den Bereich personell verstärkt.

Herr Lüken verwies auf die Stellungnahme zu Tz 9 – S. 30/31 – und erklärte, dass dem Rechnungsprüfungsamt kein Nachweis zugegangen sei. Außerdem würde die Sicherheitsleistung nicht im Verwahrgelass der Stadtkasse liegen. Die Antwort entspreche einfach nicht der Wahrheit.

Herr Foest zeigte auf, dass es hier um erhebliche Summen gehe, z.B. rd. 450 T€ bei den BBH-Leistungen und rd. 200 T€ für die Stufenanlage; die Gesamtsumme aber würde zu sehr ausufern. Daher müsse man auf eine gezielte Abarbeitung drängen.

Herr Kellner erläuterte, dass man hier nicht verschiedene Bereiche miteinander vermischen dürfe, so seien die BBH-Leistungen innere Verrechnungen. Bei der Stufenanlage sei das abschließende Urteil abzuwarten.

Herr Hinrichs relativierte die Summe von 450 T€ für die BBH-Leistungen, denn diesen Forderungen würden auch noch erhebliche Erstattungsansprüche für Personalkosten entgegenstehen. Die Nettosumme sei wesentlich kleiner.

Herr Foest erinnerte daran, dass der Baubetriebshof als optimierter Regiebetrieb gegründet worden sei, um eine Vergleichbarkeit mit der Privatwirtschaft herstellen zu können. Insofern sei die Abwicklung der Forderungssumme schon wichtig.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, so dass der Vorsitzende abstimmen ließ.

Beschluss: (10 JA-Stimmen, 1 NEIN-Stimme)

Dem Rat wird empfohlen, gemäß § 101 Abs. 1 NGO

- a) die Jahresrechnung 2006 zu beschließen ... und ...
- b) dem Bürgermeister die Entlastung zu erteilen.

**TOP 5 Abschließende Erörterung des Entwurfes des Haushaltsplanes
2009 und Beschlussfassung - ohne LEEB -
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 26-11-2008)**

Die Antworten auf die Anfragen der CDU-Fraktion vom 19-11-2008 seien absolut unbefriedigend, äußerte sich Herr Düngemann zu Beginn. So z.B. könne er sich nicht vorstellen, dass die neue Prüfsoftware für das Rechnungsprüfungsamt 15 bis 16 T€ kosten solle. Die unzureichende Beantwortung sei zwar gerade für den EDV-Bereich besonders zu beanstanden, gelte aber auch für die Beantwortung der anderen Fragen.

Auch für Frau Bockhöfer sei es nicht nachvollziehbar, warum die EDV-Kosten so hoch sein müssten, wie sie am Beispiel der Kosten für den Ledatreff darstellt.

Herr Runden zeigte sich verwundert über die hohen Kosten im Bereich Jugendzentrum.

Der Bürgermeister stellte heraus, dass dies die tatsächlichen Kosten seien, die in den betreffenden Organisationseinheiten anfallen aufgrund der getätigten Arbeit; dies seien keine zugeteilten Kosten. Eine derartige Transparenz der produktverursachenden Kosten sei nicht nur von der Verwaltung so gewollt. Man könne jetzt lediglich diesen Stellen noch vorhalten, das dort zu viel Aufgaben erledigt werden würden.

Herr Sattler ergänzte, dass es sich hier insbesondere um innere Verrechnungen handele, die sich in Einnahme und Ausgabe ausgleichen würden. Zum Bereich Jugendzentrum ergänzte er, dass sie zu einem der aktivsten Anwender zählen.

Es sei Herrn Düngemann bewusst, dass es sich um innere Verrechnungen handele, doch darum gehe es hier nicht, denn die insgesamt Kostensteigerung von fast 50 % wird von der Verwaltung nicht hinreichend erklärt.

Der Bürgermeister wies darauf hin, das es wichtig sei, dass es hier nur um die Entwicklung der Gesamtkosten gehe. In diesem Zusammenhang sind auch immer die bereits im Vorfeld beschlossenen Leasingrahmenverträge zu beachten.

Auf Anfrage von Herrn Foest, ob in diesen Kosten auch die Personalkosten enthalten seien, erläuterte Herr Kellner, dass sich die Gesamtkosten aus zwei Bereichen zusammensetzen würden:

- einerseits die innerbetriebliche Leistungsverrechnung (auch Personalkostenanteile)
- und andererseits die Sachkosten.

Sämtliche Bestellungen im EDV-Bereich größeren Ausmaßes gehen vorab alle über den Verwaltungsausschuss.

Herr Foest schlug vor, evtl. eine andere Verrechnungsbasis zu wählen.

Der Bürgermeister sagte eine Auflistung der EDV-Kostenentwicklung bei HHSt.: 0600.53000 „Mieten/Lizenzen“ als Protokollantwort zu.

Protokollantwort:

Die steigenden Anforderungen an die EDV-unterstützte Sachbearbeitung durch gesetzliche Vorgaben aber auch durch die erweiterte Vernetzung und deren Nutzung durch die BürgerInnen erfordert eine ständige Erweiterung der Soft- und Hardware.

Planung und zeitnahe Realisierung dieser Projekte sowie die letztlich tatsächlich angefallenen Kosten können jedoch stark voneinander abweichen. So war hier im Jahr 2007 ein Ansatz von 480 T€ eingeplant; im Rechnungsergebnis jedoch ergaben sich Ausgaben von nur rd. 346 T€.

Für 2009 seien folgende große Projekte geplant:

- *Dokumentenmanagement*
- *E-Government*
- *Storage und Virtualisierung (Anpassung der Speichermedien an das umfangreicher werdende Speichervolumen; Beschleunigung der Datenzugriffe im Netz)*
- *Doppik*
- *EU-DLR (Dienstleistungsrichtlinie)*
- *Neues Personenstandswesen*
- *Neue Zeiterfassungsanlage und Personalkostenabrechnung*
- *Beschwerdemanagement*
- *Gebäude- und Energiemanagement*
- *E-payment (elektronischer Zahlungsverkehr Bürgerbüro)*
- *Vernetzung Stadt Leer/Stadtwerke Leer, AöR*

Der Bürgermeister informierte über den derzeitigen Stand des Haushaltes 2008, der nach jüngsten Zahlen besser abschneiden werde als noch in der Prognose vom 06-11-2008 dargestellt worden sei. Aufgrund guter Einnahmen im Bereich der Gewerbesteuer könne evtl. sogar mit einem kleinen Überschuss gerechnet werden. Aber gerade diese gute Entwicklung der eigenen Steuerkraft wirke sich negativ auf den Finanzausgleich des Folgejahres aus. So müsse man nach derzeitigen Vorgaben mit einer Erhöhung der Kreisumlage von 1,8 Mio. € rechnen gegenüber dem Vorjahr. Der Landkreis Leer erhalte insgesamt für 2009 wohl eine um rd. 6 Mio. € erhöhte Kreisumlage. Hier müsse er einen Appell an die Politiker richten, sich für eine Senkung der Kreisumlage einzusetzen.

Auch an den hohen Aufwendungen für den Hafen der Stadt Leer, der Bedeutung für die ganze Region habe, müsse eigentlich eine Beteiligung durch den Landkreis Leer erfolgen.

Dies sehe Herr Foest auch so, doch sei es sehr schwer, dafür im Kreistag eine Mehrheit zu finden. Im Haushaltssicherungskonzept habe der Kreis bereits eine 1 %-ige Steigerung der Kreisumlage aufgenommen.

Herr Mohr sprach den fehlenden Ansatz für den Schützenverein Loga im Haushalt als Verpflichtungsermächtigung an und bat um Information, ob immer noch kein schlüssiges Finanzierungskonzept vorliegen würde.

Herr Dr. Helmke erwiderte, dass es dann schlüssig wäre, wenn die angegebene Finanzierung auch den wahren Tatsachen entsprechen würde. So sei der eingeplante Gebäudeverkauf z.B. noch gar nicht abgesichert, da die Zusagen dazu fehlten. Daher kann kein Zuschussbetrag in den Haushalt aufgenommen werden.

Herr Mohr bestätigte, dass seines Wissens nach der interessierte Verein bereits den Erwerb des Gebäudes abgelehnt habe.

Eine Finanzierungslücke sei schon deshalb gegeben, da max. 110 T€ als Zuschussmöglichkeit bestehen würde.

Die Förderung durch den Landessportbund sei lt. Herrn Schmidt auf 20 % begrenzt. Herr Kellner hob hervor, dass das Gesamtprojekt für einen solch kleinen Verein zu groß sei.

Herr Foest wiederholte eine langjährige Bitte an die Verwaltung, eine Übersicht in Form einer Zeitachse zu erstellen über gezahlte und noch zu erwartende Zuschusszahlungen für die Hafengebaggerung.

Protokollantwort:

<i>Erfolgte Zuschüsse:</i>	Industriehafen	Handelshafen
2004	319.000 €	
2005	1.106.000 €	
2006	693.800 €	
2007	670.000 €	
2008	700.000 €	1.650.000,00 €
<i>Kommende Zuschüsse:</i>		
2009	700.000 €	11.511,53 €
2010	700.000 €	
2011	700.000 €	
2012	700.000 €	

Herr Dr. Dröge bemängelte die Art und Weise der in Ansatz gebrachten Anmeldungen für die geplanten Maßnahmen. Es zeige sich immer wieder, dass für angedachte Investitionen kleine Maßnahmesummen nach kurzer Beratung in den Haushalt gestellt würden, später aber diese Ansätze um ein Vielfaches erweitert werden müssten. Dies sei weder dem Bürger noch den anderen politischen Vertretern gegenüber ein faires und verantwortungsbewusstes Verhalten. Vielleicht müsse man hier über ganz andere Beratungsmodelle nachdenken.

Herr Schmidt stellte heraus, dass die Resultate der vorgenommenen Investitionen sich sehen lassen könnten und man daraus den Schluss ziehen müsse, dass ein gewisser Mut zur Umsetzung die Infrastruktur der Stadt voranbringen würde. Damit zeigt sich die Stadt auch als Vorbild für andere Kommunen. Auch wurde ein gesundes Verhältnis kommunaler zu privaten Investitionen gefunden. Dies bestätige auch die wachsende Steuerkraft der Stadt.

Herrn Dr. Dröge ginge es nicht um das Ergebnis, sondern die Art der Vorgehensweise, neue Maßnahmen in den Haushalt zu bringen. Hier müssten ehrliche Karten schon bei der Haushaltsdebatte auf den Tisch gebracht werden. Dem pflichtete Herr Foest bei, wie sich klar beim Bummert gezeigt habe. Hier sei die Auseinandersetzung wichtig.

Hinsichtlich der Bezuschussung des Zollhauses sei Herr Schmidt der Ansicht, keine langfristigen Entscheidungen zu treffen, sondern von Jahr zu Jahr erneut zu entscheiden. Mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion für 2009 sei schon geholfen worden.

Herr Düngemann hingegen sei der Ansicht, dass das Zollhaus hier eine langfristige Planungssicherheit benötige. Entsprechend dem vorliegenden Konzept könne man

dem Zollhaus mit einer Absicherung der Bezuschussung eine Planungssicherheit zunächst für die folgenden 4 Jahre geben.

Auch für Frau Bächle-Fiks sei es schon im Interesse der Mitarbeiter wichtig, dass eine Planungssicherheit über mehrere Jahre gegeben sei.

Der Bürgermeister machte deutlich, dass der Haushalt 2009 ein politischer Haushalt sei; ein Haushalt der Verwaltung würde anders aussehen. Trotzdem seien die Diskussionsergebnisse zwischen Verwaltung und Politik aus seiner Sicht in den letzten Jahren recht positiv.

Die Finanzlage sei aber insgesamt nicht befriedigend, was sich auch in den möglichen Investitionen 2009 zeige, doch sei es wichtig, zum Erhalt der Arbeitsplätze und Stärkung der regionalen Wirtschaft neue Projekte aufzulegen um eine „absterbenden Stadt“ zu vermeiden.

Gleichzeitig wirke sich die Investitionstätigkeit der Stadt auch stark auf die wirtschaftliche Entwicklung und das soziale Umfeld der Kreisregion aus. Dies müsse dem Landkreis Leer auch immer wieder deutlich vor Augen geführt werden – auch mit Blick auf die Höhe der Kreisumlage.

Herr Mohr fragte an, ob für die Feuerwehr Bingum bereits ein schlüssiges Konzept vorliegen würde. Dies verneinte der Bürgermeister, denn die Abstimmung mit der Feuerwehr und dem Ausschuss sei noch nicht abgeschlossen.

Eine vorherige Beratung im Ausschuss sei für Frau Bächle-Fiks sehr wichtig.

Herr Schmidt erläuterte, dass bei der Feuerwehr Bingum der notwendige Platz in der Fahrzeughalle nicht mehr ausreichen würde und hier dringend Handlungsbedarf bestünde; Investitionen in das Feuerwehrhaus seien noch nicht notwendig. Um dies sicherzustellen sollten 150 T€ als Verpflichtungsermächtigung eingestellt werden. Mit einem Ansatz von 300 T€ würde man signalisieren, dass auch Investitionen in das FW-Haus geplant seien.

Diesem Vorschlag könne Frau Bächle-Fiks sich anschließen.

Herr Foest richtete seine Bitte an die Bauverwaltung, bei solchen Projekten nicht immer das Beste, sondern die Planung nur im notwendigen Rahmen zu erstellen. Dies ginge in anderen Kommunen auch. In der Priorität stand eigentlich die Feuerwehr Bingum vor Loga; nun laufe die Angelegenheit finanziell aus dem Ruder.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass der Neubau der Feuerwehr Heisfelde heute genauso teuer wäre wie jetzt in Loga.

Herr Düngemann stellte für die CDU-Fraktion den Antrag zur Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung über 300 T€ in 2010 für den Neubau eines Feuerwehrhauses in Bingum. Der Vorsitzende lies über den Antrag abstimmen:

Beschluss: (3 JA-Stimmen, 8 NEIN-Stimmen)

Der Antrag wurde damit abgelehnt.

Herr Schmidt verwies auf die Abstimmung aus der letzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung zum Feuerwehrhaus Bingum und zeigte auf, dass die Pattsituation des Beschlusses in keinerlei Interesse stehe und wies daher auf seinen vorab gestellten Antrag für die SPD-Fraktion hin, die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung über 150 T€ in 2010 für den Neubau einer Fahrzeughalle für die Feuerwehr Bingum einzuplanen. Der Vorsitzende lies über den Antrag abstimmen:

Beschluss: (8 JA-Stimmen, 3 NEIN-Stimmen)

Dem Antrag wurde damit entsprochen.

Sodann lies der Vorsitzende über den Entwurf des Haushaltsplanes 2009 abstimmen.

Beschluss: (7 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen)

Der Ausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss und Rat, den vorgelegten Haushalt für das Haushaltsjahr 2009 mit den eingebrachten Änderungen festzusetzen.

**TOP 6 Erörterung des Investitions- und Finanzplanes 2008 - 2012 und Beschlussfassung
- ohne LEEB -
(übersandt mit der Einladung zum HFA vom 20-11-2008)**

Wortmeldungen lagen keine mehr vor, so dass der Vorsitzende über den Investitions- und Finanzplan 2008 bis 2012 abstimmen ließ.

Beschluss: (7 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen)

Der Ausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss und Rat

a) das vorgelegte Investitionsprogramm 2008 – 2012

- *mit den eingebrachten Änderungen*

festzusetzen

und

b) den vorgelegten Finanzplan 2008 – 2012

- *mit den eingebrachten Änderungen*

festzustellen.

**TOP 7 Erörterung des Haushaltssicherungskonzeptes und Beschlussfassung
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 26-11-2008)**

Nach Ansicht von Frau Bockhöfer seien in dem Konzept keine vernünftigen Maßnahmen aufgenommen worden. Insbesondere vermisse sie hier den Gedanken an die Zukunft wie z.B. den Bildungsbereich.

Für Herrn Foest sei die Haushaltssperre ein ganz wesentlicher Beitrag zur Haushaltssicherung, allerdings müssten auch andere konkrete Hinweise gebracht werden, wo sich tatsächlich Verbesserungen ergeben könnten.

Der Bürgermeister wies auf bereits umgesetzte große Konsolidierungsmaßnahmen hin wie z.B. die Gründung der AöR, die Abgabe im Bereich der Jugendhilfe sowie Abgabe des Hallen- und Freibades. Zudem sei der Politik auf deren Wunsch hin eine Auflistung der freiwilligen Aufgaben erstellt worden, man habe aber keine Resonanz erhalten. Die Verwaltung habe ihre „Hausaufgaben“ gemacht. Nun sei die Politik gefordert, konkrete Vorschläge zu unterbreiten – auch wenn diese einschneidenden Maßnahmen nicht immer angenehm seien.

Beschluss: (7 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen)

Der Ausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss und Rat, das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Leer zum Haushaltsplan 2009 in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

**TOP 8 Beschluss der Haushaltssatzung 2009 (Gesamthaushalt)
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 26-11-2008)**

Wortmeldungen lagen keine vor, so dass der Vorsitzende über die Haushaltssatzung 2009 abstimmen ließ.

Beschluss: (7 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen)

Der Ausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss und Rat, die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit den eingebrachten Änderungen zu beschließen.

TOP 9 Informationen

Der Bürgermeister informierte darüber, dass bereits erste Gespräche mit der Kommunalaufsicht geführt wurden über die Genehmigung des Haushaltes 2009, die recht konstruktiv verlaufen seien aufgrund des Überschusses aus dem Jahr 2007 und der

erfreulichen Entwicklung des Jahres 2008. Die Neuverschuldung halte sich unter Berücksichtigung der reinvestiven Maßnahmen im vertretbaren Rahmen.

TOP 10 Anfragen

Frau Bächle-Fiks informierte über eine defekte Beleuchtung im Tunnel Bremer Straße und bat um Reparatur.

Da keine weiteren Anfragen vorlagen, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.50 Uhr und eröffnete im Anschluss daran den nichtöffentlichen Teil.

gez. Hauke Sattler
Schubert

gez. Wolfgang Kellner

gez. Hartmut

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in